

Die Narretei der Klima-Führungsrolle: Großbritanniens Netto-Null-Masochismus und die Fata Morgana China

geschrieben von Chris Frey | 20. August 2025

[From Tilak's Substack](#)

Es gehört zu den beständigen Wundern politischer Hybris, dass ein kleiner, sich de-industrialisierender Inselstaat, der weniger als 0,8 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht glaubt, die Welt zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen „führen“ zu können. Dieser Glaube – der von den politischen Eliten in Westminster sowohl auf der konservativen als auch auf der Labour-Bank aufrichtig vertreten wird – hat eine Energiepolitik hervorgebracht, die moralische Selbstdarstellung mit wirtschaftlicher Selbstbeschädigung verbindet. Das Ergebnis ist eine Fallstudie wie aus dem Lehrbuch, wie Tugendhaftigkeit, getarnt als „Klimaführerschaft“, eine Wirtschaft ausbremsen und gleichzeitig genau die geopolitischen Rivalen stärken kann, die man angeblich ausstechen will.

Die jüngste Manifestation dieser Wahnvorstellung kommt von Ed Milibands „Leiter der Mission Control for Clean Power by 2030“ Chris Stark. In einem Artikel im Telegraph [drängt](#) Stark Großbritannien dazu, China nachzueifern und ein „Elektrostaat“ zu werden – eine Nation, die ausschließlich mit reichlich kohlenstoffarmer Elektrizität versorgt wird – und behauptet, dass „wir diese Veränderungen ignorieren, was uns gefährdet“. Starks Prämisse ist ebenso atemberaubend in ihrer Naivität wie in ihrer Selektivität. China, so sagt er uns, „verlegt riesige Netze von Übertragungsleitungen, stellt die weltweit größte Flotte von Elektrofahrzeugen auf und setzt Solar- und Windkraftanlagen in einem Ausmaß ein, das den Rest der Welt in den Schatten stellt.“

Chinas Netto-Null-Versprechen: Rauch, Schall und 2060

Es ist ein attraktives Bild – wenn man die [unbequemen](#) Fakten ausblendet, dass China nach wie vor zu 60 % von Kohle angetrieben wird, jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke genehmigt und jährlich eine Kohlekapazität hinzufügt, die der des gesamten britischen Stromnetzes entspricht. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur ([IEA](#)) hat der Kohleverbrauch im vergangenen Jahr mit 8,77 Milliarden Tonnen einen neuen Rekord erreicht, was auf den rasant steigenden Kohleverbrauch in China und Indien zurückzuführen ist. Die Internationale Energieagentur berichtet, dass Chinas Kohleverbrauch von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf heute schätzungsweise 4,5 Milliarden Tonnen gestiegen ist. Das ist kein

Druckfehler. Es ist die Energie-Realität.

Für die Klimagläubigen ist Chinas Versprechen, bis 2060 kohlenstoffneutral zu sein, ein kühnes „Angebot, die Welt anzuführen“. Für erfahrene China-Beobachter ist es eine Übung in diplomatischem Theater. Die erfahrene China-Beobachterin Patricia Adams, die für die Global Warming Policy Foundation schreibt, [erinnert](#) uns daran, dass die höchste Priorität der Kommunistischen Partei Chinas nicht die Agenda der UN-Klimarahmenkonvention ist, sondern ihr eigenes politisches Überleben. Dieses Überleben hängt von einem anhaltenden Wirtschaftswachstum ab, das wiederum einen immer höheren Verbrauch an fossilen Brennstoffen erfordert. Auch kritische Fragen der Umweltverschmutzung wie Stadtsmog und Luftqualität müssen geklärt werden, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Chinas großen Städten zu verhindern. Die „Führungsrolle“ beim globalen Klimawandel steht nicht auf der Liste der politischen Prioritäten Chinas, auch wenn dies für naive Sinophile wie Ed Miliband und Chris Stark nicht ersichtlich ist.

In Artikel 3 Absatz 1 des UNFCCC [1992] heißt es: „Die Vertragsparteien sollen das Klimasystem zum Nutzen der heutigen und der künftigen Generationen der Menschheit auf der Grundlage der Gleichheit und im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen [Verantwortlichkeiten](#) und jeweiligen Fähigkeiten schützen. Dementsprechend sollten die Vertragsparteien in Gestalt der entwickelten Länder die Führung bei der Bekämpfung des Klimawandels und seiner nachteiligen Auswirkungen übernehmen.“ Seit den ersten Klimaverhandlungen hat sich Peking als Verfechter des Blocks der „Entwicklungsländer“ positioniert und sich damit selbst von verbindlichen Emissionssenkungen ausgenommen, während es vom Westen riesige Summen von „Klimafinanzierung“ fordert.

Das Pariser Abkommen von 2015, das in den westlichen Hauptstädten als Durchbruch gefeiert wurde, war in der Praxis eine große Abmachung, in der China versprach, bis 2060 emissionsneutral zu werden – ein Meilenstein, der Jahrzehnte in der Zukunft liegt, ohne Verpflichtungen, wie stark die Emissionen steigen werden und mit welcher Geschwindigkeit sie nach einem Höchststand zurückgehen. Im Gegenzug verpflichteten die Regierungen Obama und Biden der US-Wirtschaft zu kostspieligen Umweltauflagen, vergaben Subventionen und starteten einen regelrechten [Angriff](#) auf die US-amerikanische Kohle-, Öl- und Gasindustrie.

Im Jahr 2010 [gestand](#) der leitende Beamte des UN-Klimarats Professor Dr. Ottmar Edenhofer, dass Klimapolitik fast nichts mehr mit Umweltschutz zu tun hat und dass der bevorstehende Weltklimagipfel in Cancun in Wirklichkeit eine Wirtschaftskonferenz war, auf der über die Umverteilung der Ressourcen der Welt verhandelt wurde.

Im Jahr 2015 [erklärte](#) Christiana Figueres, die damalige Exekutivsekretärin des UNFCCC, dass das Ziel der Umweltaktivisten darin bestehe, den Kapitalismus selbst neu zu definieren. „Es ist das erste

Mal in der Geschichte der Menschheit, dass wir uns die Aufgabe stellen, innerhalb einer bestimmten Zeitspanne das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zu ändern, das seit mindestens 150 Jahren vorherrscht, also seit der industriellen Revolution“, sagte sie. Mit Blick auf die in jenem Jahr stattfindende Pariser Klimakonferenz fügte sie hinzu: „Dies ist wahrscheinlich die schwierigste Aufgabe, die wir uns je gestellt haben, nämlich das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit bewusst zu verändern.“

Seit Paris sind Chinas Treibhausgasemissionen nicht gesunken, sondern gestiegen. Zwischen 2018 und 2023 hat das Land mehr neue Kohlekapazitäten genehmigt als der Rest der Welt zusammen. Chinas Wind- und Solaranlagen sorgen zwar für Schlagzeilen, produzieren aber nur einen bescheidenen Anteil des Stroms und werden von den „schlimmsten Drosselungsraten der Welt“ geplagt. Wie Patricia Adams [dokumentiert](#), wurden durch großzügige Subventionen enorme ungenutzte Kapazitäten geschaffen, wobei die gedrosselte Windkraftleistung ausreicht, um Peking ein Jahr lang mit Strom zu versorgen – wenn sie nur das Netz erreichen würde.

Großbritanniens selbst auferlegte Energie-Zwangsjacke

Im Gegenteil, Großbritannien hat sich voll engagiert. Unter Gordon Brown von der Labour-Partei verabschiedete das Parlament 2008 eine rechtsverbindliche [Verpflichtung](#), die Emissionen bis 2050 um 80 % zu senken. Im Jahr 2019 wurde dieses Ziel nach einer 88-minütigen [Debatte](#) im Unterhaus auf Anraten des Ausschusses für Klimawandel, der seine [Kosten-Projektionen](#) für Offshore-Windkraftanlagen auf ein einziges windreiches Jahr stützte, auf 100 % – Netto-Null – angehoben. Boris Johnson, der sich in vollem Aufputschmodus befindet, erklärte Großbritannien zum „Saudi-Arabien der Windkraft“.

Was die Stark-Miliband-Linie „Lasst uns China nacheifern“ so erstaunlich macht, ist die Tatsache, dass sie Chinas Investitionen in erneuerbare Energien als Zeichen eines ideologischen Engagements missversteht, während es sich in Wirklichkeit um eine Form des Staatskapitalismus handelt. Pekings Ausbau von Solar-, Wind- und Elektrofahrzeugen ist kein Kreuzzug gegen fossile Brennstoffe, sondern eine kalkulierte Strategie, um die Lieferketten von Technologien zu dominieren, auf die der Westen – politisch, nicht wirtschaftlich – angewiesen ist.

Durch die Förderung von Solarmodulen, Windturbinen und Batterien für Elektrofahrzeuge auf den westlichen Märkten – und die Sicherstellung, dass sie mit billigem Kohlestrom im eigenen Land produziert werden – erobert China die hochwertigen Produktions- und Exportmärkte, während seine Konkurrenten mit den höheren Kosten für die Integration intermittierender erneuerbarer Energien in ihre Netze zu kämpfen haben. Hinter der Herstellung von Wind-, Solar- und EV-Komponenten und fertigen Produkten stehen ganze, weltumspannende Lieferketten, die vom Bergbau bis zur Raffination von Mineralien und seltenen Erden reichen und

ausschließlich von China [dominiert](#) werden.

Ed Miliband besuchte China im März, wo er eine engere [Zusammenarbeit](#) mit China im Bereich der grünen Energie versprach. Doch fünf Monate später hat die Regierung den Text des von ihm unterzeichneten Memorandums noch immer nicht veröffentlicht. Dem [Guardian](#) zufolge hofft der britische Staatssekretär für Energiesicherheit und Net Zero Ed Miliband, „gemeinsam mit China und den Entwicklungsländern eine neue globale Achse zugunsten des Klimaschutzes zu bilden, um Donald Trumps Abkehr von der grünen Politik in den USA entgegenzuwirken“.

Das ist es, was Milibands blauäugiges Gerede von einer „neuen globalen Achse“ mit China als Vorreiter in Sachen Klima für erfahrene Beobachter so lächerlich macht. China schließt sich Großbritanniens grünem Kreuzzug nicht an, sondern monetarisiert ihn. UK und die EU sind vollkommen zufrieden damit, sich selbst in die Energiearmut zu manövrieren, während sie chinesische Ausrüstung kaufen, um genau das zu tun.

Der Öffentlichkeit in Großbritannien wird erzählt, dass hohe Rechnungen ein Problem Putins sind, dass wir „Geiseln der volatilen Gasmärkte“ sind und dass mehr Windparks und Solaranlagen uns von dieser Volatilität befreien werden. Die Erdgaspreise in Europa sind fast auf den Stand vor der durch den Ukraine-Russland-Krieg ausgelösten Versorgungskrise gesunken. Die geschätzten Stromrechnungen für einen Durchschnittshaushalt in UK sind jedoch um 35,5 % gestiegen, von 652 £ im Jahr 2021 auf 884 £ im Jahr 2024, wie aus den Daten von Ofgem hervorgeht. Während die gestiegenen Gaspreise (die eine zusätzliche Kohlenstoffsteuer enthalten, die von Energieversorgern gezahlt wird, die Strom mit Erdgas erzeugen) bei diesem Anstieg eine Rolle spielten, zeigt die Arbeit von David [Turver](#) und Andrew [Montford](#), dass die Reihe von Subventionen, die Kosten für den Systemausgleich (aufgrund der Intermittenz der erneuerbaren Energien) und der Ausbau des Netzes zur Unterstützung der zunehmenden Abhängigkeit von Solar- und Windparks eine weitaus wichtigere Rolle spielen.

Großbritannien hatte einst eine florierende industrielle Basis, die auf erschwinglicher, sicherer Energie beruhte. Heute wird die energieintensive Industrie – Stahl, Chemie, Glas – vom Markt verdrängt. Unter Berufung auf das Office for National Statistics [berichtet](#) die Financial Times, dass die Produktion in den energieintensiven Industrien in UK im Jahr 2025 seit 2021 um ein Drittel zurückgegangen ist und damit ein 35-Jahres-Tief erreicht hat. Die Produktion von Papier, Petrochemie, Basismetallen und anorganischen Produkten wie Zement und Keramik war 2024 auf dem niedrigsten Stand seit den Aufzeichnungen im Jahr 1990. Die Zahlen unterstreichen die Herausforderung, vor der die Minister stehen, wenn sie versuchen, die britische Industrie vor den hohen Energiekosten zu schützen, welche die Unternehmen gegenüber der Konkurrenz in den USA und China stark benachteiligen.

Der ursprüngliche Climate Change Act von 2008 enthielt keinerlei Kosten-

Nutzen-Analyse. Wie Paul Homewood anmerkt, „wurde es fast einstimmig vom Parlament verabschiedet, weil man der Meinung war, dass die Kosten keine Rolle spielen, wenn man den Planeten retten will“. Das war auch der Fall, als Theresa May das Gesetz von 2008 änderte, um das Netto-Null-Ziel für 2019 festzulegen.

In der Zwischenzeit treibt die Regierung die Einführung von Elektroautos, das Verbot von Heizkesseln und den Ausbau der Infrastruktur für eine rein elektrische Zukunft voran, was die britische Wirtschaft über eine Billion Pfund **kosten** könnte. Der Net Zero-Report des Finanzministeriums geht munter davon aus, dass „ein erfolgreicher und geordneter Übergang“ zu niedrigeren Haushaltskosten und „umfassenderen gesundheitlichen Vorteilen“ führen wird. Doch keine ernsthafte Szenario-Abschätzung scheint zu berücksichtigen, was passiert, wenn die weltweite Nachfrage nach fossilen Brennstoffen robust bleibt – wie es jede glaubwürdige Prognose besagt – und Großbritanniens selbst auferlegte Beschränkungen die Produktion und die Emissionen einfach ins Ausland verlagern, wie es bereits in den letzten zwei Jahrzehnten des wirtschaftlichen Niedergangs geschehen ist.

Energie-Realismus vs. „Klima-Führerschaft“: Trump stellt die globalistische Klima-Agenda auf den Kopf

In allen Entwicklungsländern, nicht nur in China, herrscht Energie-Realismus vor. Indiens **Botschaft** an die jährliche Klimakonferenz COP28 im Jahr 2023 war unverblümt: „Es ist ganz klar, dass Indiens erheblicher Energiebedarf für seine Entwicklung keinen Aufschub duldet... Indiens Abhängigkeit von Kohle ist entscheidend für seine Energiesicherheit vor dem Hintergrund des relativen Mangels an Erdöl und Erdgas einheimischer Herkunft.“

Afrikanische Staats- und Regierungschefs **äußern** sich immer lauter über die Heuchelei westlicher Regierungen, die sich auf dem Rücken fossiler Brennstoffe entwickelt haben und ihnen nun die gleiche auf fossilen Brennstoffen basierende **Energieleiter** verweigern. Selbst Deutschland kehrte nach Jahren der Klimapolitik zur **Verbrennung** von Braunkohle zurück, als seine Energiesicherheit nach dem Ukraine-Krieg zusammenbrach, nachdem es seine Kernkraftwerke nach Fukushima sehr kurzfristig abgeschaltet hatte.

Doch die einst geeinte Klima-Weltanschauung des „kollektiven Westens“, die in der UNO und ihren Sonderorganisationen wie dem IPCC vertreten war, ist zerbrochen. Präsident Trumps Energieteam unter der Leitung von Energieminister Chris Wright, dem Administrator der Umweltschutzbehörde Lee Zeldin und Innenminister Doug Burgum ist mit Volldampf unterwegs und feuert politische und regulatorische Initiativen in einem Tempo ab, das die Reaktionsfähigkeit der Gegner überfordert. Die eifrigen Klimagegner der Regierung haben keine Chance, sich der Trump'schen **Konterrevolution** entgegenzustellen.

Unter Präsident Trump sind die USA aus dem Pariser Abkommen **ausgestiegen** und haben ihre finanziellen Verpflichtungen im Rahmen der UN-Klimaagenda eingestellt. Unter dem Mantra der „Energiedominanz“ will die Trump-Regierung weiterhin die amerikanischen Stärken bei der Ausbeutung der amerikanischen Kohle-, Erdöl- und Erdgasressourcen ausspielen und eine „nukleare **Renaissance**“ einleiten. Die grüne Agenda, die unter der Obama-Regierung vorangetrieben und von der Biden-Regierung verstärkt wurde, die den massiven Inflation Reduction Act für den von der Demokratischen Partei favorisierten Sektor der erneuerbaren Energien auf den Weg brachte, wird nun Stück für Stück demontiert.

Großbritannien klammert sich derweil an die „Klimavorreiterschaft“, an die Vorstellung, dass ein moralisches Beispiel den Energiekurs der Welt verändern wird. Dies ist die gleiche Illusion, die Barack Obamas „große Abmachung“ mit Xi Jinping im Rahmen des Pariser Abkommens zugrunde lag, ein Abkommen, das den USA mit kostspieligen Vorschriften die Hände bindet, während es von China kaum mehr als einen vagen Höchstwert für 2030 verlangt. Wenn dies Führung ist, dann die eines Lemmings, der über die Klippe stürzt.

This article was published in The Daily Sceptic

<https://dailysceptic.org/2025/08/14/the-folly-of-climate-leadership-britains-net-zero-masochism-and-the-china-mirage/> (Zahlschranke)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/16/the-folly-of-climate-leadership-britains-net-zero-masochism-and-the-china-mirage/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE